



Ein Newsletter erstellt im Rahmen des Projekts „JIKO – Entwicklungsphase 2002 – 2004“ am Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH – Forschungsgruppe Energie-, Verkehrs- und Klimapolitik

Liebe Leserinnen und Leser,

das JIKO Info erscheint nunmehr im 3. Jahrgang – Zeit für uns, Bilanz zu ziehen und das Konzept einer kritischen Betrachtung zu unterziehen. Dazu bitten wir Sie um Ihre Mitarbeit: Wir bitten Sie, uns einige Minuten Ihrer Zeit zu widmen und einige wenige Fragen zu beantworten. Ihre Teilnahme an unserer Umfrage hilft uns, das JIKO Info so zu gestalten, dass es noch mehr Ihren Bedürfnissen entspricht. Das Ausfüllen des Fragebogens wird nur wenige Minuten in Anspruch nehmen. Für Ihre Beteiligung bis zum 14.02.2005 sind wir Ihnen sehr dankbar.

Zur Teilnahme klicken Sie einfach auf den folgenden Link: www.wupperinst.org/umfrage. Sollte sich Ihr Browser nicht automatisch öffnen, geben Sie die URL bitte manuell in die Adresszeile Ihres Programms ein.

Vielen Dank für Ihre Unterstützung.

Ihre Redaktion

JIKO aktuell

COP 10 vervollständigt CDM, bringt aber keine neue Bewegung in die internationale Klimapolitik

Mehr als 6000 Menschen nahmen an der 10. Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention (COP 10) vom 6.-17. Dezember 2004 in Buenos Aires teil. Höhepunkt der Konferenz war die Verabschiedung des *Buenos Aires Programme on Adaptation and Response Measures*. Dieses Programm sieht vor, das Thema „Anpassung an den Klimawandel“ in Zukunft stärker in den Vordergrund zu rücken. Die Diskussion über zukünftige Verpflichtungen über 2012 hinaus wurde auf ein „Seminar“ vertagt, das im Sommer 2005 stattfinden soll. Die COP verabschiedete auch das letzte fehlende Element bei der Ausgestaltung des CDM, indem vereinfachte Modalitäten für Kleinprojekte im Bereich Aufforstung bzw. Wiederaufforstung beschlossen wurden.

Der CDM war sehr umstritten in Buenos Aires. Indien griff das Executive Board scharf an für dessen Bemühungen, die „Zusätzlichkeit“ (*additionality*) von Projekten sicherzustellen – also dafür zu sorgen, dass die Emissionen unter das Niveau reduziert werden, welches ohne die Projektaktivität eingetreten wäre.

Fortsetzung auf Seite 2

JIKO aktuell

Erste Ausschreibung des KfW-Klimaschutzfonds erfolgreich abgeschlossen

Ende November 2004 ist die erste Ausschreibungsrunde des KfW-Klimaschutzfonds zu Ende gegangen. Knapp 30 Projektvorschläge für Klimaschutzprojekte wurden bei der KfW eingereicht. Ausgeschrieben waren zunächst Projekte im Rahmen des Clean Development Mechanism. 26 Projekte mit einem Potenzial von knapp 7 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalenten wurden in die engere Auswahl genommen.

Fortsetzung auf Seite 4

JIKO aktuell

- COP 10 vervollständigt CDM, bringt aber keine neue Bewegung in die internationale Klimapolitik
- Erste Ausschreibung des KfW Klimaschutzfonds erfolgreich abgeschlossen
- WissenschaftlerInnen diskutierten Klimapolitik nach 2012

COP 10 vervollständigt CDM, bringt aber keine neue Bewegung in die internationale Klimapolitik

Fortsetzung von Seite 1

Diese Vorwürfe wurden von den WirtschaftsvertreterInnen unterstützt, die die Komplexität des Verfahrens schon seit seiner Verabschiedung kritisiert haben. Schließlich wurde die Arbeit des EB größtenteils bestätigt. Es wurde jedoch beschlossen, das vom EB entwickelte *Additionality Tool* bis zur ersten Vertragsstaatenkonferenz des Kyoto Protokolls (COP/MOP 1) zu überprüfen.

Entwicklung zu unterstützen. Die KritikerInnen forderten daher, dass Projekte aus den Sektoren Energie und Verkehr stärker gefördert werden sollten. Darüber hinaus forderten einige Entwicklungsländer, dafür zu sorgen, dass sich CDM-Projekte geografisch gleichmäßig verteilen und keine Regionen benachteiligt werden.

Das Nebenorgan für wissenschaftliche und technologische Beratung (SBSTA) wird diskutieren, wie mit Projekten umgegangen werden soll, bei denen sich Konflikte mit anderen Umweltabkommen abzeichnen. Über dieses Thema soll auf der COP/MOP 1 eine Entscheidung getroffen werden. Die Debatte wurde ausgelöst durch Projekte,



Abbildung: Wuppertal Institut

Konflikte mit anderen Zielen und Umweltabkommen

Delegierte aus Entwicklungsländern und einige Nichtregierungsorganisationen meldeten Bedenken an, dass viele Projekte, die derzeit zur Genehmigung anstehen, Methan- und Fluorkohlenwasserstoff-Emissionen betreffen. Methan und teilhalogenierte Fluorkohlenwasserstoffe (H-FKW, engl: HFC) sind potente Treibhausgase, weshalb Verminderungsaktivitäten in diesem Bereich ein großes Potenzial für preiswerte Emissionsminderungszertifikate haben. Dieser Projekttyp trägt jedoch nach Ansicht der KritikerInnen wenig dazu bei, die Gastländer bei ihrer nachhaltigen

die die Zerstörung von HFC-23 zum Ziel haben, dabei aber zu einer verstärkten Produktion von HFC-22 führen können, einem Gas, das vom Montrealer Abkommen zum Schutz der Ozonschicht geregelt wird.

Letztes Element des CDM verabschiedet

Entschieden kompromissorientierter beschloss die COP vereinfachte Modalitäten für kleine Aufforstungs- bzw. Wiederaufforstungsprojekte. Das letzte fehlende Element des CDM ist somit verabschiedet. Die Schwelle für diese Projekte wurde auf 8000 t CO₂ geschätzte Sequestrierung

pro Jahr angesetzt. Die Delegierten einigten sich darauf, die Kosten für diesen Projekttyp gering zu halten. Dies soll erreicht werden durch folgende Punkte:

- Die Projekte sind ausgenommen von der Abgabe an den Anpassungsfonds (*Adaptation Fund*).
- Es gelten reduzierte Verwaltungsgebühren (allerdings wurde die Höhe der Gebühren nicht festgesetzt).
- Validierung, die Verifizierung und auch die Zertifizierung kann von ein und derselben *Operational Entity* durchgeführt werden.

Die COP empfahl dem Executive Board zudem, Standardfaktoren für die Berechnung des bei Projektbeginn bereits in Biomasse gebundenen Kohlenstoffs sowie für vereinfachte Baseline-Methodologien zu entwickeln. Außerdem sollen vereinfachte Monitoring-Methoden erarbeitet werden. Nicht entschieden wurde über die Frage, ob unilaterale CDM Projekte zugelassen werden sollen, die ohne Beteiligung eines Industrielandes entwickelt wurden.

Kontroverse um zukünftige Klimapolitik

Generell war die Konferenz überschattet vom Bestreben der US-Delegation, die Bedrohung des Klimawandels herunterzuspielen. Dies wurde begleitet von Versuchen Saudi Arabiens, jegliche Aktivität in Richtung Klimaschutz zu unterbinden. Die EU-Delegation war bereit, zukünftige klimapolitische Verpflichtungen zu diskutieren. Sie konnte jedoch lediglich sicherstellen, dass zumindest eine Veranstaltung in Form eines Seminars in 2005 abgehalten wird, auf dem existierende Politiken und Maßnahmen besprochen und mögliche Politikoptionen entwickelt werden können. Dieses Seminar soll jedoch nicht als Beratungsgrundlage für den UNFCCC-Prozess dienen.

Die Frage, wie den Entwicklungsländern bei der Anpassung an die Beeinträchtigungen durch die Klimaveränderungen geholfen werden kann, ist in den vergangenen Jahren immer wichtiger geworden. Diese Frage sollte im Vordergrund dieser COP stehen, weshalb die Konferenz inoffiziell als „Anpassungs-COP“ galt. Die Auswirkungen des Klimawandels sind bereits heute sichtbar. Dies wurde nicht nur durch Augenzeugenberichte von VertreterInnen indigener Bevölkerungen bestätigt: Auch detaillierte wissenschaftliche Langzeitstudien wie etwa die gerade erschienene Untersuchung über Einflüsse des Klima auf die Arktis (*Arctic*

Climate Impact Assessment) untermauern die Gefahren des globalen Klimawandels.

Kompromiss in den frühen Morgenstunden

Saudi Arabien beharrte jedoch mit Unterstützung durch die USA darauf, die bisher bestehende Kopplung zwischen der Anpassung an den Klimawandel und der Anpassung an die Auswirkungen, die Maßnahmen zur Emissionsminderung auf erdölexportierende Länder haben („*adverse effect of response measures*“), beizubehalten. Konkret läuft dies darauf hinaus, jegliche Unterstützung für die vom Klimawandel betroffenen Staaten zu blockieren, wenn nicht auch die reichen Ölstaaten Zahlungen erhalten. Das letztendlich in den frühen Morgenstunden des auf die COP folgenden Samstags verabschiedete „**Buenos Aires Programme on Adaptation and Response Measures**“ berücksichtigt beide Ländergruppen. Die Forderungen der ölexportierenden Staaten konnten jedoch einigermaßen zurückgestutzt werden.

Eine detaillierte Analyse der Ergebnisse sowie weitere Informationen zur 10. Vertragsstaatenkonferenz finden sich auf der COP 10-Internetseite des Wuppertal Instituts unter www.wupperinst.org/COP10.

BWi/WSt

Weitere Informationen:

Alle CDM-relevanten Entscheidungen der COP können auf der CDM-Internetseite der UNFCCC eingesehen werden, URL: <http://cdm.unfccc.int> (-> „Latest Documents“)

Viele Anbieter von *side events* haben ihre Präsentationen und teilweise auch weitere Informationen der UNFCCC zur Verfügung gestellt. Eine Übersicht ist erhältlich unter <http://regserver.unfccc.int/SEORS/finalreport/index.html>.

Die *Carbon Finance Division* der Weltbank sponserte zwei ganztägige Workshops für EntwicklerInnen von CDM-Projekten. Die Veranstaltungen „CDM Methodologien und Projektdesign“ sowie „Stromnetze und CDM-Methodologien“ wurden von Beschäftigten des Klimasekretariats, Mitgliedern des CDM Executive Boards sowie von ProjektentwicklerInnen und anderen durchgeführt. Die Präsentationen sind abrufbar unter <http://carbonfinance.org/Router.cfm?Page=DocLib&Dtype=50&ActionType=ListItems>.

Die entwicklungspolitische Nichtregierungsorganisation *SouthSouthNorth* präsentierte ihr interaktives „CDM Practitioners’ Toolkit“ auf der Konferenz. Es steht zur freien Verfügung unter <http://www.cdmguide.com>.

Die *International Emissions Trading Association* stellte ihren Bericht „Drei Jahre nach Marrakesch: Lektionen aus dem CDM“ vor. Die Veröffentlichung kann herunter geladen werden unter <http://www.ietat.org/ietat/www/pages/download.php?docID=690>.

Erste Ausschreibung des KfW-Klimaschutzfonds erfolgreich abgeschlossen

Fortsetzung von Seite 1

Mit Abstand die meisten Projektvorschläge sind für Indien vorgelegt worden (12 Projekte). Je zwei Projekte wurden für Ägypten, Chile, Marokko und je eins für Brasilien, Bulgarien, China, Cuba, Ruanda, Rumänien, die Ukraine sowie für Ungarn vorgeschlagen. Bei den Projekttypen ergibt sich folgende Verteilung:

Technologie	Anzahl
Kraft-Wärme-Kopplung (KWK)	6
Vermeidung von Methanemissionen	6
Energieeffizienz	5
Brennstoffwechsel	4
Erneuerbare Energien	4
Sonstige (=N ₂ O)	1
Landwirtschaft, Senken und Forstprojekte	0
Transport	0
Gesamt	26

Die angebotene Gesamtmenge aus 26 Projekten beläuft sich hoch rechnet auf 6.961.140 t CO₂äq. Im Durchschnitt sind dies 267.736 t CO₂äq pro Projektvorschlag. Sehr erfreulich ist die hohe Zahl von Energieeffizienzprojekten unter den Vorschlägen. Bei den KWK-Projekten handelt es sich größtenteils um Abhitzenutzung zur Stromerzeugung in Industrieanlagen. Deutlich wird aber, dass das Angebot an Projektvorschlägen aus dem Bereich der erneuerbaren Energien eher gering ist. Hier sollten spezielle Mobilisierungsstrategien entwickelt werden, wie beispielsweise der bilaterale Aufbau einer „Projektpipeline“ zwischen Deutschland und dem jeweiligen Gastland.

Derzeit läuft die zweite Ausschreibungsrunde für CDM-Projekte, die bis zum 31. März 2005 befristet ist. Bewerben können sich aber auch Anbieter von Joint Implementation-Projekten, primär für die Länder Mittel- und Osteuropas.

Das Angebot des KfW-Klimaschutzfonds richtet sich an die Unternehmen des Emissionshandelssektors, die zur Erfüllung ihrer Reduktionsverpflichtungen auch Zertifi-

kate aus CDM- und JI-Projekten nutzen können. Der Fonds ist als Public-Private-Partnership konstruiert. Die Einlage der Bundesregierung in Höhe von bis zu 8 Mio. Euro dient dazu, vornehmlich Projekte aus dem Bereich erneuerbare Energien zu fördern. Gleichzeitig will die Bundesregierung einen Impuls für die Nutzung dieses Instruments auch in Deutschland geben. Insgesamt strebt der KfW-Fonds ein Ankaufvolumen für Zertifikate von 50 Mio. Euro an.

TF

JIKO aktuell

WissenschaftlerInnen diskutierten Klimapolitik nach 2012

Am 16. November fand auf Einladung des Wuppertal Instituts der ExpertInnen-Workshop „Internationale Klimapolitik nach 2012: Herausforderungen für Politikberatung und Forschung“ in Wuppertal statt. Ziel war es, eine Zwischenbilanz der bisher in erster Linie auf wissenschaftlicher Ebene geführten Debatte um die Fortentwicklung des Klimaregimes für die Zeit nach der ersten Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls (2008-2012) zu ziehen und darauf basierend weiteren Forschungsbedarf zu identifizieren.

Bei der Zielmarke zukünftiger Klimapolitik herrschte bei der Mehrheit der über vierzig geladenen VertreterInnen aus Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft Einigkeit: Die durchschnittliche globale Erwärmung dürfe die 2°C-Grenze gegenüber vorindustriellen Werten nicht überschreiten. Dieses Ziel würde in zukünftigen Abkommen nicht nur über Kyoto hinausgehende Reduktionsziele für Industrieländer erfordern. Notwendig wäre auch eine verstärkte Einbeziehung von Schwellen- und Entwicklungsländern in ein Regime konkreter Emissionsminderungspflichten. Der Fokus des Workshops lag deshalb auf der Frage, wie angesichts dieser Herausforderungen die Architektur des Klimaregimes beschaffen sein müsste.

Martin Weiß (Umweltbundesamt) legte stellvertretend für die Referentin des Bundesumweltministeriums die Perspektive der Bundesregierung dar. Er hob die Bereit-

schaft hervor, bis zum Jahr 2020 eine Reduktion der bundesdeutschen Treibhausgasemissionen von 40 % anzustreben, wenn sich gleichzeitig die EU mit einer Zielsetzung von -30 % anschließe. Zur Erreichung des 2°-Ziels sei es jedoch weiterhin erforderlich, aufbauend auf der bestehenden Kyoto-Architektur auch Möglichkeiten für die Einbeziehung von Schlüssel-Entwicklungsländern (und auch der USA) zu prüfen. Ein Mehrstufen-Ansatz, der unterschiedliche Verpflichtungsgrade für verschiedene Ländergruppen vorsehe, werde gegenwärtig prominent diskutiert, eine abschließende Positionierung der Bundesregierung habe jedoch noch nicht stattgefunden.

Regine Günther (WWF) betonte die Bedeutung einer Vorreiterrolle der Europäischen Union in zukünftigen Verhandlungen, die es unter anderem mit anspruchsvollen Mittelfristzielen zu untermauern gelte. Sie stellte den Drei-Stufen-Ansatz des „Climate Action Network“ vor, der die Einbindung von Entwicklungsländern über einen Dekarbonisierungs- und einen Anpassungspfad vorsieht. Zukünftige Verhandlungen dazu sollten in der Hoffnung auf einen konstruktiveren Verlauf im Rahmen der Vertragsstaatenkonferenzen des Kyoto-Protokolls stattfinden.

Ebenfalls einen Mehrstufen-Ansatz beinhaltet der Vorschlag „Towards an adequate and equitable global climate agreement“, der von 14 WissenschaftlerInnen aus allen Weltregionen unter Federführung des Wuppertal Instituts erarbeitet wurde. Bernd Brouns (Wuppertal Institut) erläuterte diesen Vorschlag. Dieser liefert eine analytische Basis für die Gruppierung von Entwicklungsländern gemäß ihrer Emissionsminderungspotenziale, ihrer historischen Emissionen und ihrer (finanziellen) Kapazität, Klimaschutzmaßnahmen vorzunehmen. Anhand dieser Kriterien werden vier verschiedenen Gruppen von Entwicklungsländern Minderungspflichten zugewiesen, die jedoch an Unterstützungsleistungen aus den Industrieländern gekoppelt sind.

Der von Margareta Kulesa (FH Mainz) vorgestellte Vorschlag des Wissenschaftlichen Beirats „Globale Umweltveränderungen“ der Bundesregierung sieht hingegen Emissionsobergrenzen für alle Staaten vor. Diese sollen sich an der jeweiligen Bevölkerungsgröße eines Landes orientieren und bis 2050 zu einer weltweiten Angleichung der pro Kopf-Emissionsrechte in Industrie- und Entwicklungsländern führen („Contraction & Convergence“).

Alle Vortragenden betonten zudem, dass neben der Emissionsvermeidung auch das Thema „Anpassung an den Klimawandel“ in zukünftigen Verhandlungen an Bedeutung gewinnen werde. Denn selbst ein 2°-Ziel wird in vielen Regionen eine Anpassung an sich verändernde klimatische Bedingungen notwendig machen. Daher werden gerade viele Entwicklungsländer Verhandlungen über Anpassungsmaßnahmen als notwendige Bedingungen für Gespräche um Minderungspflichten aus ihren Reihen ansehen.

Die abschließende Diskussion wurde durch Beiträge von Martin Weiß (Umweltbundesamt) und Niklas Höhne (Ecofys) angestoßen. Beide gaben einen Überblick über die Post-2012-Forschungslandschaft und stellten den Forschungsbedarf dar. Beispielsweise wurde die Frage der Einbeziehung von Senken nach der ersten Verpflichtungsperiode aufgeworfen. In der anschließenden Diskussion wurde unter anderem die Möglichkeit einer Ausweitung des CDM zur verstärkten Einbindung von Entwicklungsländern angesprochen. Auch „bottom up“-Ansätze wurden diskutiert, die die länderspezifischen Entwicklungsbedürfnisse und -potenziale zum Ausgangspunkt für Klimaschutzmaßnahmen nehmen.

Eine Auswertung der Diskussion in einem JIKO Policy Paper wird in Kürze erscheinen. Die Präsentationen des Workshops sind im Internet unter <http://www.wupperinst.org/Projekte/fg2/1078e.html> verfügbar.

BBr

JIKO Nachrichten

CDM/JI-Gesetz in der Vorbereitungsphase

Nach ersten informellen Ressortgesprächen im November/Dezember 2004 erarbeitet das Bundesumweltministerium derzeit den ersten formellen Entwurf des Gesetzes (Referentenentwurf). Die Vorlage an die anderen Ressorts ist für Anfang Februar geplant.

Klimaschutzfonds der nordischen Länder erweitert Call for Projects

Die Umweltfinanzierungsgesellschaft NEFCO erneuert und erweitert Ende Januar ihren „Call for Projects“ (www.nefco.fi/documents/TGF%20Call%20for%20projects.pdf). Gesucht werden Klimaschutzprojekte im Ostseeraum, vor allem aus den Bereichen Erneuerbare Energien und Energieeffizienz. Die NEFCO verwaltet den Klimaschutzfonds der Ostseeanrainerstaaten, die *Testing Ground Facility*, an dem auch Deutschland beteiligt ist (JIKO Info berichtete). Weitere aktuelle Informationen unter www.nefco.fi.

BMU-Workshop über Klimaschutzprojekte auf der Umweltmesse TerraTec

Vom 8.-11. März 2005 findet in Leipzig wieder die TerraTec statt, eine internationale Fachmesse für Umweltechnik und Umweltdienstleistungen. Am 10./11.03.05 veranstaltet das Bundesumweltministerium den Workshop „Klimaschutzprojekte und EU-Emissionshandel – Perspektiven nach dem Start“. Einzelheiten werden in Kürze auf den Internetseiten des Ministeriums und des Wuppertal Instituts verfügbar sein. In der Zwischenzeit können weitere Informationen per Email an jiko@wupperinst.org angefragt werden. Näheres über die Messe erfahren Sie unter www.terratec-leipzig.de.

Impressum

Herausgeber: Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH, Döppersberg 19, 42103 Wuppertal

Verantwortlich für den Inhalt: Bettina Wittneben, Forschungsgruppe Energie-, Verkehrs- und Klimapolitik, Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH, Tel. 0202-2492-284

Redaktion: Wolfgang Sterk (WSt), Thomas Forth (TF), Maike Bunse (MB), Christof Arens (Schlussredaktion), Bettina Wittneben (BW), Bernd Brouns (BB)

Bezug: JIKO Info wird ausschließlich elektronisch versandt. Die Aufnahme in den Verteiler ist kostenlos.

Bezugsadresse im Internet:

<http://www.wupperinst.org/Projekte/Klima/JIKO-Info/1078-formular.html>

Layout: in_form, Wuppertal

JIKO Info informiert über aktuelle Entwicklungen im Politikfeld „projektbasierte Mechanismen in Deutschland“. Der Newsletter wird im Rahmen des Projektes „JIKO – Entwicklungsphase 2002 – 2004“ am Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH (www.wupperinst.org/jiko) erstellt. Die Redaktion arbeitet unabhängig von der JI-Koordinierungsstelle im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

JIKO Info erscheint vierteljährlich und in Sonderausgaben.

In eigener Sache

Wir bitten alle LeserInnen und Leser, sich an unserer Umfrage zu beteiligen (siehe Seite 1). Die Teilnahme an der Befragung wird nur wenige Minuten Zeit in Anspruch nehmen. Das Formular finden Sie unter www.wupperinst.org/umfrage.

Vielen Dank!

Das Redaktionsteam